

E 2300 Washington, Archiv-Nr. 30

*Der schweizerische Gesandte in Washington, P. Ritter, an den Bundespräsidenten
und Vorsteher des Politischen Departementes, E. Müller*

PB

Washington, 17. Februar 1913

Ich habe am 13. lf. Monats den Staatssekretär Knox aufgesucht, um ihm unsere Note betreffend schweizerischen Staatsangehörigen unter amerikanischem Schutz in der Türkei zu überreichen und um ihm gleichzeitig die Frage zu stellen, ob die Schweiz angesichts der sich täglich verschlimmernden Zustände in Mexico auf den Schutz ihrer dort ansässigen Angehörigen für Leben und Eigentum seitens der Vereinigten Staaten zählen dürfe. Herr Knox antwortete mir, dass er diese Zusicherung für die Schweizer besonders gerne gebe und dass die Vereinigten Staaten zur Aufrechterhaltung der Monroe Doktrine sich aller Fremden genau wie der eigenen Staatsangehörigen bestmöglich anzunehmen gedenken. Ich dankte ihm und teilte ihm mit, dass ich Ihnen vom Inhalt der Unterredung unverzüglich per Kabel Kenntnis geben werde.

Der Staatssekretär ersuchte mich, ihm noch eine kurze, die Unterredung bestätigende Note zu senden, damit sein Nachfolger über die uns gemachte Zusicherung etwas schriftliches vorfinde. Ich kabelte Ihnen daher gleichen Tages:



24. FEBRUAR 1913

765

«Staatsdepartement sichert Schweizern bestmöglichen Schutz in Mexiko zu»
worauf ich Ihre geschätzte Antwort erhielt:

«Sprechen Sie Staatsdepartement unsern Dank aus für Schutz der Schweizer in
Mexico.

Politisches Müller»,

welche ich als Note an Herrn Knox weiterleitete.

Herr Generalkonsul Perret in Mexico ist brieflich davon in Kenntnis gesetzt
worden.

Ich habe in meinen Politischen Berichten No. 10, 12, 14 und 19 des Jahres
1911, und in No. 5 des Jahres 1912¹ einlässlich über die mexikanische Frage
gesprochen. Neues ist heute kaum beizufügen. Wohlinformierte Kreise halten
stets noch die Behauptung aufrecht, dass die Unruhen in Mexico künstlich durch
amerikanische Kapitalisten, welche ca. eine Milliarde Dollars in dortigen Unter-
nehmungen investiert haben, gemacht werden. (Conf. Pol. Bericht No. 10 vom
11. März 1911, pag. 5.)

Dass die Vereinigten Staaten die Gebiete, welche zwischen ihren jetzigen
Grenzen und dem Panama-Kanal liegen, früher oder später besitzen müssen, um
die Herrschaft über den ca. 400 Millionen Dollars kostenden Kanal wirklich
ausüben zu können, ist einleuchtend. Die Schritte aber, welche eventuell dafür
getan werden müssen (conf. Pol. Bericht No. 19 vom 7. Mai 1911, pag. 4) sind
folgeschwer und Präsident Taft wird die Entscheidung dieser Frage, welche die
Nation in einen langwierigen Krieg verwickeln könnte, zweifellos seinem Nach-
folger überlassen.

1. E 2300 Washington, Archiv-Nr. 28–29.